

Statement für die Anhörung Dr. med. Angelika Claußen „Die Zukunft der globalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur“

Öffentliche Anhörung im Bundestag 08. Mai 2023

Die Welt befindet sich in einer tiefgreifenden und multiplen Krise. Aber noch nie seit dem zweiten Weltkrieg war sie so groß wie jetzt. Die Klimakrise und die zunehmende Gefahr eines Atomkrieges stellen die beiden größten Bedrohungen im 21. Jahrhundert dar.

Die Wissenschaftler des Bulletins of Atomic Scientists haben den symbolischen Zeiger der Weltuntergangsuhr auf 90 Sekunden vor 12 gestellt, weil sie die Gefahr der Vernichtung allen Lebens auf unserem Planeten so groß einschätzen wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg.¹ Gleichzeitig schreitet der Klimawandel voran. Ursache für die Klimakrise ist die massive Überschreitung der ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten aufgrund der fossilen Lebens- und Produktionsweisen.²

Auch die IPPNW Deutschland sieht die Welt in höchster Gefahr: Die Gefahr eines Atomkrieges war schon vor der russischen Aggression gegen die Ukraine erheblich gewachsen, weil alle Atomwaffenstaaten ihr nukleares Arsenal aufrüsteten. Alle Atomwaffenstaaten verbrämen diese Aufrüstung mit dem Begriff „Modernisierung“. Doch die russische Drohung, im Ukrainekrieg Atomwaffen einsetzen zu wollen, hat die reale Gefahr eines Atomkrieges hier in Europa wieder auf die Tagesordnung gebracht. Gleichwohl enthält jede atomare Abschreckungspolitik die Option, einen Atomkrieg führen zu wollen – das bedeutet die Vernichtung unseres Planeten mit inakzeptablen humanitären Folgen.³

Neue Klimamodelle beschreiben die katastrophalen Folgen auch regional begrenzter Atomkonflikte. Ein nuklearer Winter würde demnach globale Nahrungsketten zerstören und den Hungertod von Milliarden Menschen bedeuten. Diese Fakten werden im Diskurs zu Atomwaffen und der Doktrin der nuklearen Abschreckung kaum einbezogen. Im Gegenteil: Die Risiken nuklearer Abschreckung bleiben ausgeblendet.

Ein möglicher Einsatz von russischen Atomwaffen ließe sich nicht mehr begrenzen. Wer das glaubt, ist naiv. Militärische Szenarien zum Einsatz von Atomwaffen gehen von einer hohen Eskalationsgefahr aus. Nukleare Abschreckung setzt den Willen voraus, sie auch einzusetzen. Sonst ist sie nicht glaubwürdig.

Auch wenn Sicherheitsexperten und Militärs einen Atomkrieg als „begrenzt“ einstufen, zerstört er aufgrund des damit einhergehenden plötzlichen Sturzes der globalen Durchschnittstemperatur um 1,25 Grad zunächst die Ernten auf der Nordhalbkugel – und in der Folge danach auf der Südhalbkugel. Das würde zu 2 Mrd. Hungertoten führen⁴.

1 <https://www.theguardian.com/world/2023/jan/24/doomsday-clock-at-record-90-seconds-to-midnight-amid-ukraine-crisis>

2 <https://www.helmholtz-klima.de/planetare-belastungs-grenzen>

3 https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/2022_Nukleare_Hungersnot_final_web.pdf

4 Lili Xia et al: Global food insecurity and famine from reduced crop, marine fishery and livestock production due to climate disruption from nuclear war soot injection; <https://www.nature.com/articles/s43016-022-00573-0>

Doch auch ohne einen Atomkrieg ist das Szenario von Hungertoten und Ernteaussfällen real. Die andauernde Klimakrise verschlechtert die Lebensbedingungen auf dem Planeten rapide. In vielen Regionen der Welt wachsen Hunger und Armut und Tod infolge von Dürren und Starkregenfällen. Der Ukrainekrieg hat die Dringlichkeit zur Lösung dieser Probleme auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Einhaltung der planetaren Belastungsgrenzen, in allen Politikfeldern, also auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, muss jetzt eingeleitet werden. Konkret bedeutet das: Vorrang für die Ökologie.

Deshalb fordert die IPPNW von der Bundesregierung und allen Parteien im Bundestag einen Paradigmenwechsel. Übergeordnete Leit-Prinzipien müssen sein: Kooperation, gemeinsame Sicherheit statt Konkurrenz und Konfrontation, wie sie in den aktuellen Kriegen sichtbar werden.

Welche gangbaren konkreten Schritte kann die Bundesregierung gehen:

1. Der G7-Gipfel muss ein starkes Zeichen für nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung setzen. Bundeskanzler Scholz soll sich dafür einsetzen, dass die G7 den Einsatz und die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen für unzulässig erklären. Zudem müssen die furchtbaren, humanitären Konsequenzen für Mensch und Umwelt anerkannt werden, die durch Tests und den Einsatz von Atomwaffen entstanden sind.
2. Die G7-Vertreter*innen müssen die Stimmen der Überlebenden ernst nehmen und konkrete Programme zur Hilfe dieser Menschen verabreden. Deutschland sollte finanzielle Hilfe in Aussicht stellen. Im August letzten Jahres hatte Außenministerin Annalena Baerbock angekündigt, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der humanitären Folgen, beim Opferschutz und der Sanierung von verseuchten Flächen mitarbeiten wolle. Nun müssen dieser Ankündigung Taten folgen.
3. Auf der kommenden Vorbereitungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag vom 31.07. bis zum 11.08.2023 sollte die deutsche Delegation die fünf Atommächte im Sicherheitsrat auffordern:
 - a. gemeinsam eine Erklärung zu verabschieden, in der sich alle fünf Atommächte verpflichten, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten.
 - b. die Atommächte und alle Vertragspartner dazu drängen, die Einrichtung einer demilitarisierten Zone um das AKW Saporischschja zu beschließen. Die Gefahr einer nuklearen Katastrophe, die weit über die Ukraine hinausreichen würde (je nach Windrichtung und Ausmaß des andauernden militärischen Beschusses) muss gebannt werden.
4. Die Bundesregierung sollte auch die zweite Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag im November 2023 im Beobachterstatus begleiten und weitere Schritte auf dem Weg zu einem deutschen Beitritt gehen.

Dr. med. Angelika Claußen, Co- Vorsitzende der deutschen Sektion der IPPNW und Europäische Vizepräsidentin